

### Wie es ist, Bürgergeld zu bekommen

Bürgergeld hat Hartz IV abgelöst / Empfänger lassen Zweifel aufkommen, ob die Reform wirklich so groß ist wie angekündigt

Von Sebastian Reh

**WETZLAR.** Die beiden Frauen lachen. Als hätte man einen Witz erzählt. Und irgendwo ist es auch lustig, vorausgesetzt man steht auf Tragikomödien. Bis zum 1. Januar bekamen die Wetzlarerinnen Sabine Müller und Clara Schäfer (Namen von der Redaktion geändert) Arbeitslosengeld II, besser bekannt als Hartz IV. Nun kriegen sie Bürgergeld. Es ist die große Sozialreform der Ampelkoalition. Müller und Schäfer können sich ein Lachen nicht verkneifen. Das Bürgergeld ist zwar noch jung, einiges wird erst umgesetzt. Und wie genau es ihr Leben beeinflussen wird, können sie noch nicht sagen. Ihre Schilderungen stützen aber jetzt schon die Befürchtungen, dass es sich beim Bürgergeld eher um Hartz IV mit neuem Etikett als um eine echte Reform handeln könnte.

#### Bürgergeld reicht nicht, um Strom zu bezahlen

Es ist der 10. Februar, im Büro der Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis, kurz Wali genannt. Der Verein berät Langzeitarbeitslose, unter anderem dabei, wie sie mehr Geld sparen können. Das haben viele nötig. So auch die 50-jährige

Müller. Das Bürgergeld wurde ihr am Anfang des Monats ausbezahlt. Trotzdem sagt sie: „Ich bin heute schon pleite.“ Das Geld reiche nicht. Besonders hart träfen sie die Stromkosten. Müller ist damit nicht allein. Laut dem Vergleichsportaal Check24 reicht der Bürgergeld-Regelsatz bei den aktuellen Preisen und einem durchschnittlichen Verbrauch nicht, um die Stromrechnung zu bezahlen. Und das, obwohl die Regelsätze gestiegen sind.

Zwischen 33 und 53 Euro mehr im Monat bekommen Bürgergeld-Empfänger seit dem 1. Januar. Aber auch die 39-jährige Schäfer merke davon nur wenig. „Ich gehe mit null raus“, sagt sie. Das Bürgergeld decke nicht alle Kosten. Es sei ja nicht nur der Strom, den sie bezahlen müssen.

Lebensmittel, Kleidung, Bus-tickets, Internet: Für all das ist ebenfalls der Regelsatz vorgesehen. Und vieles davon ist heute teurer als noch vor einem Jahr. Die Inflation, so schildern es Müller und Schäfer, mache die Erhöhung zunichte. „Ich hatte noch nie solche Existenzängste“, sagt Müller. Sie sorgt sich, dass ihr Geld nicht mal mehr für die Tafel reicht.

Stefan Lerach, Geschäftsführer der Wali, bestätigt, dass die

beiden Frauen keine Ausnahmen sind. Vielen Bürgergeld-Empfängern gehe es ähnlich. Auch für den Paritätischen Wohlfahrtsverband ist das nichts Neues. Immer wieder fordert er Erhöhungen, zuletzt im November. 725 Euro müsse ein alleinstehender Erwachsener pro Monat bekommen, um vor Armut geschützt zu sein. Derzeit bekommt er 502 Euro.

„Diese Summen müssen aber auch finanziert werden“, sagte Dagmar Schmidt (SPD), Bundestagsabgeordnete aus Wetzlar, als sie im September die Tafel in Niedergirmes besucht hatte. Damals hatte der Paritätische schon eine Erhöhung von mehr als 200 Euro gefordert. Schmidt hatte jedoch Zweifel angedeutet, ob die Gesellschaft auch bereit wäre, das zu zahlen.

Das ändert aber nichts daran, dass Bürgergeld-Empfängerinnen wie Müller und Schäfer mehr Geld bräuchten. „Ich weiß, ich brauche eine neue Brille. Ich will sie nicht, ich brauche sie. Aber ich kann sie mir nicht leisten“, veranschaulicht Müller. Doch nicht nur beim Nötigen fehle es.

Das Bürgergeld – und zuvor auch Hartz IV – reiche zum Überleben, aber nicht zum Leben. Die beiden Frauen wollen auch mal ohne schlechtes Ge-

wissen ein Eis essen oder frühstücken gehen. Sie wollen Dinge machen, die für viele ganz normal sind. So normal, dass sie vergessen, dass nicht jeder ihre Normalität teilt. „Ich frage die vielleicht fünfmal, ob sie ein Eis essen will. Aber beim sechsten Mal nicht, weil sie es sich ja eh nicht leisten kann“, erklärt Schäfer. Geld ermöglicht Teilhabe. Und wenn diese Teilhabe fehlt, kann man schnell einsam werden. Das macht unter Umständen krank. Etwas, was besonders Müller, nicht noch zusätzlich gebrau-



„

*Eine Schweinerei, was da in den großen Talkshows gesagt wurde.*

Stefan Lerach, Geschäftsführer der Wali (Foto: Lothar Rühl)

chen kann. Die 50-Jährige läuft auf Krücken. 2003 hatte sie Krebs. Seitdem sei ihr gesundheitlicher Zustand schlecht. „Ich habe immer wieder versucht, arbeiten zu gehen.“ Ein paar Monate gehe das, aber dann mache ihr Körper nicht mehr mit. „Ich will trotzdem weiterkommen, aber ich brauche etwas, wo ich nicht viel körperlich arbeiten muss.“ Dabei könnte ihr vielleicht das Bürgergeld helfen.

Ziel des Bürgergelds soll es sein, Menschen langfristig einen Beruf zu verschaffen. Arbeitslose sollen nicht mehr in schlecht bezahlte Hilfsjobs vermittelt werden, in denen sie ohnehin nur ein paar Monate arbeiten. Sie sollen sich weiterbilden können, eine Ausbildung machen – und einen Job finden, der sie erfüllt. „Vom Prinzip her ist das toll“, sagt Müller. „Aber selbst, wenn ich eine Weiterbildung mache, weiß ich nicht, ob das was bringt.“ Sie befürchtet, dass sie auf dem leistungsorientierten, regulären Arbeitsmarkt womöglich nur wenig Chancen habe. Ihr gesundheitlicher Zustand dürfte ja nicht besser werden. Trotzdem: „Ich würde aber mit Sicherheit noch mal gucken, welche Möglichkeiten ich habe.“ Dass nun Arbeitslose nicht mehr einfach in ir-

gendwelche Jobs vermittelt werden sollen, dürfte auch Clara Schäfer freuen. Sie habe nicht die besten Erfahrungen mit Angeboten vom Jobcenter gemacht. „Die schicken mir Jobangebote aus Dillenburg, wo ich um 6 Uhr da sein muss, ohne Auto, mit einer Sechsjährigen zu Hause, die nicht allein sein kann“, erzählt sie. Als alleinerziehende Mutter könne sie so einen Job nicht annehmen. Also lehnte sie ab – und das Jobcenter habe ihre Leistungen gekürzt. Sie hat schließlich gegen ihre Pflichten verstoßen.

#### Lachen, auch wenn einem gar nicht danach ist

Die Konsequenz von Sanktionen: „Dann schränkt man sich noch mehr ein“, sagt Schäfer. Sie spare dann vor allem beim Essen, an Qualität und Quantität.

Sanktionen werden auch mit dem Bürgergeld grundsätzlich möglich bleiben. An der Frage, wie sie aussehen, wäre die pünktliche Einführung zum 1. Januar auch fast gescheitert. Im November hatten die unionsgeführten Bundesländer das Bürgergeld-Gesetz blockiert. Unter anderem, weil ihnen die Sanktionsmöglichkeiten im Entwurf der Ampel zu

lasch waren. Arbeiten würde sich dann nicht mehr lohnen.

„Eine Schweinerei, was da in den großen Talkshows gesagt wurde“, kritisiert Wali-Geschäftsführer Lerach. Natürlich habe der, der arbeitet, am Ende des Monats mehr Geld, ist er überzeugt. Lerach kritisiert Rechnungen, die unter anderem die Union verbreitet hatte, nach denen manche Arbeitnehmer am Ende des Monats weniger als ein Bürgergeld-Empfänger hätten. Solche Rechnungen seien manipulativ. So sei etwa außer Acht gelassen worden, dass auch Menschen mit einem geringen Einkommen unter Umständen Sozialleistungen bekommen können, wie das Wohngeld oder den Kinderzuschlag. Zur Debatte ums Bürgergeld sagt Lerach: „Das steckt sie (Arbeitslose, Anm. d. Red.) wieder in eine Faulenzerecke, was nicht stimmt.“

Wenn es Krankheit und Kinder zulassen, würden Sabine Müller und Clara Schäfer auch arbeiten, sagen sie. „Ich will ja auch was Sinnvolles machen. Ich will ja auch gebraucht werden“, erklärt Müller. Aber wenn es die Umstände nicht zulassen, dann bleibe einem nicht viel übrig – manchmal nur das Lachen, auch wenn einem eigentlich gar nicht danach ist.